

Initiative für einen Lern- und Gedenkort an das STALAG III D in Lichtenfelde:

Erinnern ja, aber es darf nichts kosten

Bis 1994 hatten die in Westberlin stationierten US-Streitkräfte einen eigenen Truppenübungsplatz, die Parks Range in Lichtenfelde unmittelbar an der Grenze zur DDR. Seitdem lag das Gelände lange Jahre mehr oder weniger brach. Auf weiten Teilen entwickelte sich eine in Deutschland einmalige Weidelandschaft, auf anderen Teilen siedelten sich Gewerbebetriebe an. 2012 erwarb die Groth-Gruppe, laut Eigenwerbung »Projektentwickler und Bauträger anspruchsvoller städtebaulicher Projekte in attraktiven Lagen«, das gesamte Gelände, um hier vor allem hochpreisige Eigentumswohnungen zu errichten.

Natürlich ließen zunächst Naturschutzinitalien und das Aktionsbündnis Lichtenfelde Süd, das sich für eine verträgliche Stadtentwicklung einsetzt, dagegen Sturm. Dadurch wurde unter anderem erreicht, dass weite Teile der Weidelandschaft in ihrer heutigen Form erhalten bleiben. Auch wurde erreicht, dass der Umfang nicht so völlig überdimensioniert ausfällt, wie ursprünglich geplant; der Anteil an Sozialwohnungen bleibt aber für Berliner Verhältnisse sehr gering.

Ort des STALAG III D gefunden

Bei ihren Recherchen sind die Initiativen auch auf die Geschichte dieses Geländes im Zweiten Weltkrieg gestoßen: Hier befand sich von 1939 an das Kriegsgefangenenlager STALAG III D. In ganz Deutschland gab es im Krieg rund 100 dieser Stammlager, von denen die Kriegsgefangenen auf die verschiedenen Außenkommandos und Arbeitslager verteilt wurden. Das STALAG III D war das einzige dieser Lager in einer Großstadt und zentral für die Versorgung der Hauptstadt mit gefangenen Arbeitskräften zuständig.

Aus diesen ursprünglichen Recherchen entwickelte sich ein

Redaktion: Dr. Hans Coppi

Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin

Tel.: (030) 55 57 90 83-0 Fax: (030) 55 57 90 83-8,

Internet: berlin.vvn-bda.de

E-Mail: berlin@vvn-bda.de

Wir bitten um Spenden für die Berliner VVN-BdA!

Spendenkonto: Postbank Berlin

IBAN: DE 18 1001 0010 0315 9041 05

BIC: PBNKDEFF



Stalag III D: Authentische Unterkunftsbaracke für Kriegsgefangene, die erhalten wird

Arbeitskreis, dessen Ziel es ist, hier an authentischer Stelle einen Lern- und Gedenkort zu errichten. Er wird getragen von Mitgliedern des Aktionsbündnisses Lichtenfelde Süd, der Initiative KZ-Außenlager Lichtenfelde e. V. (IKZ) und der VVN-BdA.

Denkmalschutz eingeschaltet

Dieser Kreis hat sehr viel erreicht, stößt jetzt aber an seine Grenzen. Zunächst hatte die Groth-Gruppe behauptet – und auch ein Gutachten erstellt –, dass sich auf dem Gelände überhaupt keine Überbleibsel und Zeichen aus dieser Zeit finden lassen. Beharrliches Nachbohren führte dazu, dass sich das Landesdenkmalamt mit diesem Areal befassen musste. Schon erste Begehungen zeigten, dass hier nicht nur Spuren, sondern auch Reste der damaligen Bebauung noch vorhanden sind. Das Landesdenkmalamt nahm daraufhin langwierige und intensive Untersuchungen vor, bei denen sehr viel Erhaltenswertes vorgefunden wurde: Nicht nur Fundamente eines Wachturms oder Sanitäranlagen der Gefangenen, ganze Baracken waren trotz anderweitiger Nutzung

in der Nachkriegszeit noch in ihrer Grundsubstanz erhalten.

Bürgerantrag angenommen

Parallel zu den Untersuchungen der Behörde hatte die Initiative einen Bürgerantrag an die Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf gestellt: »Das Bezirksamt wird erachtet, in den Bebauungsplan für das Entwicklungsgelände Lichtenfelde-Süd einen historischen Gedenkort in zu erhaltenden authentischen Gebäuden des Kriegsgefangenenlagers Stalag III D aufzunehmen.« Damit ein Bürgerantrag behandelt wird, muss er von 1.000 Wahlberechtigten des Bezirks unterstützt werden. 1.200 Einwohnerinnen und Einwohner von Steglitz-Zehlendorf hatten ihn in der festgesetzten Frist unterschrieben. Damit durfte die Initiative den Antrag in der BVV vorstellen, und er wurde einstimmig angenommen!

Einigung mit Investor

Die Groth-Gruppe, die hunderte Millionen Euro hier investieren will, hatte ihren Widerstand längst aufgegeben und war und ist zu Konzessionen bereit – das ist schließlich gut für das Image eines Baulöwen!



Abgabe der Unterschriften an das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf durch die Initiatoren: Edith Pfleiffer, Hans Porep, Thomas Schleissing-Niggemann. Fotos: Thomas Schleissing-Niggemann

Man einigte sich im Herbst 2019 mit dem Bezirk bei dem Bauvorhaben auf ein Gesamtkonzept, dass auch einen Gedenkort vorsieht. Ein Kernstück wird die erhaltene ehemalige Unterkunftsbaracke der Kriegsgefangenen am Landweg 3/5A bilden, die »konservatorisch ertüchtigt« werden soll und dann als Ausstellungsgebäude für Fundstücke genutzt werden soll, die die

Archäologen bei der Auflösung des gesamten Geländes finden werden. Noch ein weiteres erhaltenes Gebäude des Lagers bleibt nach diesem Bauprojekt vollständig erhalten. Es wird später auf dem Schulgelände stehen und als Jugendzentrum dienen, wo es auch für Seminare und als Gesprächsraum genutzt werden kann. Weitergehende Vorstellungen der Initiative konnten erst einmal nicht berücksichtigt werden. Trotz alledem ein großer Erfolg, allerdings mit einem dicken Pferdefuß – der Finanzierung und der Trägerschaft.

Träger gesucht

Der Bauherr hat sich bereit erklärt, neben den sich aus dem Denkmalschutz ergebenden Kosten, zu denen er gesetzlich verpflichtet ist, sogar die Ausstellung mit 20.000 Euro Startfinanzierung zu unterstützen. An den laufenden Kosten will er allerdings keinesfalls beteiligt werden. Unterhaltskosten (etwa 4.000 Euro pro Jahr) und vor allem Personalkosten, um einen solchen Ort lebensfähig zu machen, sind ungeklärt. Sowohl der Bezirk Steglitz-Zehlendorf als auch die Stiftung Topographie des Terrors und das Dokumentationszentrum Schöneeweide haben jegliche Unterstützung abgelehnt. Das Land Berlin holt sich bis jetzt in Schweigen. Das bedeutet nach dem jetzigen Stand, dass eine Baracke restauriert wird und in ihr die Fundstücke des Geländes gestapelt und verwahrt werden.

Landespolitik gefordert

Damit will sich die Initiative nicht abfinden. Selbst ist sie leider nicht in der Lage, eine dauerhafte Trägerschaft zu gewährleisten. Dass der Bezirk einfach sagt, dafür haben wir kein Geld, ist nicht hinnehmbar. Im Januar ist ein Gespräch mit Bezirksbürgermeisterin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (CDU) vorgesehen, aber auch das Land Berlin ist gefordert, nicht nur, weil die Gefangenen von hier über die ganze Stadt verteilt wurden. Erinnerungspolitik ist eine Aufgabe aller staatlichen Institutionen. Bei einem Kultursenator der Linken sollte das eigentlich selbstverständlich sein.

Edith Pfleiffer